

Nr. 16/1030

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zwischenstand und Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Eigenverantwortung der Schulen des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006
(Drucksache 16/1076)
2. Projekt „Eigenverantwortliche Schule“
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. Juli 2006
(Drucksache 16/1087)
3. Perspektiven des bremischen Strafvollzuges – Resozialisierung und Sicherheit in den Vollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 18. Juli 2006
(Drucksache 16/1081)
4. Zentrale Rolle der Hafenwirtschaft für das Bundesland Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 21. Juli 2006
(Drucksache 16/1089)
5. Angebote für Mädchen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 24. Juli 2006
(Drucksache 16/1091)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2006
(Drucksache 16/1162)
6. Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. August 2006
(Drucksache 16/1113)
7. Hochschulplanung und Hochschulentwicklung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 30. August 2006
(Drucksache 16/1118)
8. Hochschulqualifikation in Bremer Wirtschaftskraft umsetzen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1121)

9. Jugend-Diversions-Projekt „Teen-Court“ als ergänzender Baustein zur Prävention von Jugend- und Kinderdelinquenz
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1138)
10. Bekämpfung der Schwarzarbeit in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. September 2006
(Drucksache 16/1140)

Nr. 16/1031

Fragestunde

1. Webcams auf Bau- und Arbeitsstellen
Anfrage der Abgeordneten Ingrid Reichert, Insa Peters-Rehwinkel, Wolfgang Jägers, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 12. September 2006
2. Erbschaftssteuerbefreiung am Erhalt von Arbeitsplätzen ausrichten
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Gisela Schwarz, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 12. September 2006
3. Dunkelbrillen als Instrument gegen Demonstranten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. September 2006
4. Bachelor- und Masterabsolventen auch für die Bremer Steuerverwaltung
Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. September 2006
5. Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Weiterbildung
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 20. September 2006
6. Satellitengebühr
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 20. September 2006
7. Umsetzung der Beschlüsse des Rechtschreibrats
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 20. September 2006
8. Bürgernahe Polizei
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. September 2006

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Logistik-Initiative
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 26. September 2006

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

10. Arzneimittel zur Anwendung bei Kindern
Anfrage der Abgeordneten Werner Kirschstein, Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 26. September 2006
11. Hightech-Strategie für Deutschland
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Max Liess, Birgit Busch, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 26. September 2006

12. U-Boot-Bunker Valentin

Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2006

13. Heimrecht in Länderkompetenz

Anfrage der Abgeordneten Dirk Schmidtman, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Oktober 2006

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1032

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 16/1033

Optimierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 13. Juni 2006
(Drucksache 16/1049)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1125)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1034

Sitzenbleiben an Bremer und Bremerhavener Schulen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31. Mai 2006
(Drucksache 16/1034)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2006

(Drucksache 16/1152)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1035

Regierungserklärung zur Umsetzung der Föderalismusreform

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2006
(Drucksache 16/1165)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zur Umsetzung der Föderalismusreform Kenntnis.

Nr. 16/1036

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1120)

D a z u

**Änderungsantrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 13. September 2006**

(Drucksache 16/1139)

Der Änderungsantrag ist erledigt durch Annahme der Drucksache 16/1159.

Der Antrag ist erledigt durch Annahme der Drucksache 16/1159.

Nr. 16/1037

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 9. Oktober 2006
(Drucksache 16/1159)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft wie folgt zu:

Nach § 44 wird ein neuer § 44 a eingefügt:

„§ 44 a Kurzintervention

Im Anschluss an einen Debattenbeitrag kann der Präsident einem Mitglied der Bürgerschaft das Wort zu einer Kurzintervention erteilen. Hierauf darf der Redner noch einmal antworten. Die für die Kurzintervention und die Antwort erforderliche Zeit darf jeweils eineinhalb Minuten nicht überschreiten; sie wird nicht auf die Redezeiten angerechnet.“

§ 45 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Abweichend von Absatz 1 kann interfraktionell vereinbart werden, dass die Redezeit des einzelnen Redners nicht mehr als fünf Minuten beträgt. Die Redezeit der Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten darf insgesamt 15 Minuten nicht überschreiten.“

Die Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/1038

Sportwetten: Die Gemeinwohlziele des Staates durch ein gesetzlich normiertes und kontrolliertes Lizenzierungsverfahren durchsetzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. August 2006
(Drucksache 16/1105)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.